

Vorlage Nr. 101.17.1373

3. Juli 2014
1 von 1

Freihandelsabkommen bedrohen die kommunale Daseinsvorsorge

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Resolution

Die Stadt Kassel setzt sich für die kommunale Selbstverwaltung und den Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge ein. Im Rahmen der Verhandlungen zwischen der EU und den USA über ein Freihandelsabkommen, die Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) und das Folgeabkommen zum WTO-Dienstleistungsabkommen GATS (General Agreement on Trade in Services), sowie das plurilaterale Abkommen über Dienstleistungen (Plurilateral Trade in Services Agreement, PTISA) haben Europaparlament, Bundesregierung und Landesregierung darauf zu achten, dass Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung unterbleiben. Mit Befremden wird zur Kenntnis genommen, dass diese Verhandlungen nichtöffentlich geführt werden und es auch keine ausreichenden Informationen über den Stand der Verhandlungen gibt.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Bernd Hoppe

gez. Bernd W. Häfner
Fraktionsvorsitzender